

gonnene Restaurierung der Petersdomfassade, für die Kosten in Höhe von neun Millionen Mark erwartet werden. Die Restaurierung der Capella Sancta Sanctorum beim Lateran konnte 1995 mit Unterstützung eines Parmaschinken-Konzerns realisiert werden.

Logistische Unterstützung erfährt auch der vatikanische Fernsehsender CTV durch Italiens Staatsfernsehen RAI. Mehrfach treten Mitglieder des italienischen katholischen Unternehmerverbandes UCID als Sponsoren vatikanischer Projekte auf, so der Präsident der Mailänder „Falck Group“, *Alberto Falck*. Ein US-Tycoon, *Thomas S. Monaghan*, Präsident von „Dominos Pizza Inc.“ (Ann Arbor) und Kuratoriumsmitglied der „Papal Foundation“, versprach vor wenigen Jahren sogar, den Heiligen Stuhl an seinem Erbe teilhaben zu lassen.

Zehn Monate vor Eröffnung des Heiligen Jahres 2000 gleichen Rom und der Vatikan einer riesigen Baustelle. Für den Vatikanstaat und die Römische Kurie sind die besonderen

Herausforderungen dieses religiösen Großereignisses auch mit einer Unmenge außerordentlicher Ausgaben verbunden.

Die in Liechtenstein ansässige „Fidel-Götz-Stiftung“ will zu den Unkosten, die dem Komitee für das Heilige Jahr bei seiner Organisationstätigkeit entstehen, Gelder beisteuern. Die im Februar eingerichtete Internet-Seite des Komitees wurde von „Telecom Italia“ gesponsert und für die drei mediale Großereignisse des Jahres 2000 haben sich bereits die „Kolumbus Ritter“ als Finanziere verpflichtet. 13 weitere päpstliche Zeremonien will ein noch anonymes Sponsor via Satellit weltweit ausstrahlen lassen. Auch viele der oben genannten Förder- und Freundeskreise forcieren ihr Sponsoring mit Blick auf das bevorstehende Jubeljahr. Hinzu treten einige anonyme Einzelspender, meist aus den USA, Belgien, Mexiko und den Niederlanden. Aus Deutschland sind in den letzten Jahren nur wenige, die Dienste des Heiligen Stuhls und die Arbeit des Papstes fördernde Initiativen bekannt geworden. *Hartmut Benz*

## Berlin im Für und Wider

Zwei Diskussionsbeiträge zur katholischen Hauptstadtpräsenz

*Der Beitrag von Ulrich Pöner über ein katholisches Hauptstadtkonzept für Berlin in unserem Februarheft (S. 68 ff.) hat ein starkes Echo hervorgerufen. Wir veröffentlichen zwei Reaktionen mit unterschiedlichen Akzenten: Johannes Christian Koecke ist in Bonn und Brüssel mit Fragen von Kirche und Politik sowie der europäischen Integration beschäftigt; Cornelia Bührle, Susanna Schmidt und Thomas Brose sind in katholischen Einrichtungen in Berlin tätig.*

Ulrich Pöner hat in der Februar-Ausgabe dieser Zeitschrift einen vielbeachteten Artikel vorgelegt. Er widmet sich auf eine gelinde gesagt unkonventionelle Weise der Frage, wie die katholische Kirche sich in der neualten Hauptstadt Berlin positionieren soll.

Pöner hat eigentlich zwei Essays geschrieben, einen katholischen und einen neowilhelminischen. Weil der zweite aber, der Versuch über die neue Gründerzeit, den ersten in seinen Bann geschlagen hat, kommt er zu Schlussfolgerungen, die nicht unwidersprochen bleiben können. Die Kritik erwächst aus einem freien Blick auf die neue politische Situation vor der Jahrtausendwende: auf das, was sich im Deutschland des Regierungsumzugs entwickelt und was in Brüssel wächst und im Text mit keinem Wort Erwähnung findet – die Europäische Union.

Aber der Reihe nach! Im ersten Teil seines Artikels spricht Pöner Tatsachen aus, denen Katholiken (aber – das ist das

Neue am neuen Berlin – auch kirchennahe Protestanten) ins Auge sehen müssen, wenn sie sich der Umzugszäsur stellen wollen, die ja nichts anderes ist als die nachgeholte Vereinigungszäsur. Es geht bei diesem Wandel nicht um die großen Linien, es geht nicht um politische Essentials wie Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, westliche Wertegemeinschaft, politische Allianzen und europäische Integration. Insofern haben alle die Recht, die das Wort von der „Berliner Republik“ ablehnen. Es geht vielmehr um die verborgenen Pfade, auf denen sich der Geist der Zeit bewegt: nämlich die Selbstverständlichkeit, mit der Katholisches, Kirchliches, Christlichkeit überhaupt zum Randphänomen des politischen Betriebs in Berlin werden wird.

Wenn Pöner also „schwere Wetter“ erwartet, wenn er mit einer „dynamischen Neuformierung der politischen Klasse“ auch den „Rückgang des katholischen Elements“ prognostiziert, hat dies viel, sehr viel Plausibilität, besonders, weil er

nüchtern zeitgeschichtlich und soziologisch argumentiert. Wenn man weiß, welche Personengruppen in einfacher, mittlerer und höherer Verantwortung die personelle Grundlage für die politische Arbeit in Berlin abgeben werden, hat man die Blaupause für die Regierungspolitik im kommenden Jahrhundert in der Hand. Schon beschwert sich die CSU-Landesgruppe im Bundestag, daß der neue Andachtsraum im umgebauten Reichstag je nach Bedarf austauschbare religiöse Symbole aufweise.

Dies nun alles einer Stadt als solcher anlasten zu wollen, wäre allerdings übertrieben: der Umzug nach Berlin ist nur eine Station in einer Reihe von Säkularisierungsschüben, deren bislang letzten der Wechsel zu Rot-Grün mit sich bringt, zu einem Kanzler, der nicht etwa bekennend-freidenkerisch wäre, der nichts explizit gegen die Kirche zu sagen wüßte, der nur einfach „da nicht gerne hingeh“t. Der Argwohn gegen die Stadt Berlin, wie er trotz der Unabänderlichkeit der Hauptstadtentscheidung in den katholisch geprägten Regionen Deutschlands still und beharrlich grassiert, repetiert häufig die katholische Dämonisierung Berlins im 19. Jahrhundert. Sein Gegenstück ist jener anachronistische Berliner Metropolen-Mythos, mit dem Pöner seinen richtigen Ansatz umbiegt und die Argumentation in Schiefelage bringt.

Pöners Artikel ist ja nicht wirklich eine Reflexion über die Rolle der neuen Hauptstadt in der zukünftigen deutschen Politik, ist keine Auseinandersetzung mit den widerstreitenden Tendenzen vor dem Millennium – europäischer Integrationsprozeß, Regionalisierung in Deutschland und Europa, Revolution der Kommunikationswelten, Globalisierung und Heimatgefühl. Sein Artikel ist schlichtweg das Plädoyer für eine bestimmte Standortwahl von zentralen Institutionen der katholischen Kirche: Sekretariat und Zentralstellen der Bischofskonferenz, Generalsekretariat des ZdK, Deutsche Kommission Justitia et Pax – also der Institution, in der er selber tätig ist. Er fordert den totalen Umzug, denn sonst lohnte es des Aufwandes nicht: alle genannten Organisationen werden Repräsentanten nach Berlin entsenden. Daß dieses Plädoyer sich aber fragwürdiger politischer Voraussetzungen bedient, aus ihnen weitreichende Konsequenzen zieht, mit allen Folgen sowohl für die Mikrokosmen der einzelnen Institutionen als auch für das Außenbild der Kirche, das ist der Vorwurf dieser Replik.

Die vielen Standortdiskussionen, die jetzt überall geführt werden (beileibe nicht nur in Bonn – siehe Goethe-Institut) sind meist nüchtern-betriebswirtschaftlicher Natur. Da wird abgewogen, wieviel Bleiben möglich, wieviel Umzug nötig ist; Dienstreisefrequenz wird gegen Immobilienkosten gestellt. In den meisten Fällen wird man zu der schlichten Erkenntnis gelangen, daß nur ein sehr geringer Teil der gesamten Belegschaft und nur ein relativ kleiner Kreis von Personen auf Referentenebene in seiner Arbeit so stark auf kontinuierliche Kontaktnahme mit Bundestagsabgeordneten, deren Mitar-

beitern, Ministerialbeamten etc. angewiesen ist, daß dies nicht mit Dienstreisen zu kompensieren ist. Diese politisch sensibilisierten Lobby- und Recherchestellen nicht nach Berlin zu entsenden, wäre töricht, und natürlich wird dies die Kirche auch nicht tun.

Aber das von Pöner vorgeschlagene „umfassende Hauptstadtkonzept“ will viel mehr. Es verlangt eine grundsätzliche Standortentscheidung der katholischen Kirche und greift damit politisch-perspektivisch, operativ-strategisch und symbolisch daneben.

### Berlin wird Hauptstadt, vielleicht Metropole, sicher nicht Zentrum

Es erzeugt immer wieder Staunen, wie langlebig und beharrlich historische Fixierungen und Stereotype sind, die ihren Ursprung und ihre Gültigkeit einer durch und durch vergangenen Epoche verdanken und sich – durch „Eisschrankzeiten“ wie der kommunistischen Ära konserviert – nun in völlig veränderten politischen und historischen Bezügen wieder Geltung verschaffen können. Den Völkern Mittel- und Osteuropas möge man dies zugestehen, im eigenen Land darf

**Stelle  
frei?**

**Stelle  
gesucht?**

Nutzen Sie den Internet-Stellenmarkt  
der DKM für die katholische Kirche!

**DKM**

DKM  
DARLEHNSKASSE  
MÜNSTER EG

Breul 26 · 48143 Münster

[www.dkm.de](http://www.dkm.de)

man kritischer sein. Ein solches Stereotyp ist die Rede von Berlin als „Hauptstadt klassischen Zuschnitts“, als „Motor und Trendsetter für die Gesamtgesellschaft“, in der die „gesellschaftlichen Ressourcen konzentriert“ und die „Eliten versammelt“ werden.

Niemand zweifelt doch an der zukünftigen Bedeutsamkeit Berlins, schon gar nicht diejenigen, die politiknah arbeiten. Der Sitz der Regierung, der Volks- und Ländervertretung, der meisten Ministerien und der Botschaften ist politisch unhintergebar. Warum aber diese überholte Überhöhung, dieses provinzielle Paris-spielen-Wollen in einer Zeit, wo sich Deutschland grundlegend föderalisiert, gesellschaftlich entflechtet und europäisiert? Die Vorstellung einer Konzentration politischer, geistiger, kultureller und wirtschaftlicher Eliten an einem Ort ist im heutigen Deutschland noch fragwürdiger und realitätsferner als der romantisierende Gebrauch des Elitenbegriffs selbst.

Schon jetzt ist erkennbar, daß der deutsche Föderalismus durch den Umzug der Regierung einen erheblichen Schub erhalten wird. Das Selbstbewußtsein der Landesfürsten wächst, je näher der Umzugstermin rückt. Ebenso leicht vorhersehbar ist die Unwilligkeit der sogenannten „politischen Klasse“ angesichts ihrer gnadenlosen Spezialisierung und Arbeitsüberlastung, sich in Berlin mit sehr viel mehr als ihrem Tagesgeschäft zu beschäftigen. Und daß *Michael Naumann* ein Schloß möchte, bedeutet noch nicht, daß München, Hamburg und Köln als Kultur- und Medienstandorte in Gefahr seien. Nein, Deutschland bleibt mindestens so multizentrisch wie vorher auch und folgt damit einem Leitmotiv seiner Geschichte.

### Die katholische Kirche ist weder deutsche Staatskirche noch politischer Lobbyist

Ein Artikel wie der Pönersche verlangt einen Moment des Innehaltens. Was heißt denn eigentlich katholische Kirche in Deutschland? Zunächst einmal ist sie die Gemeinschaft der Gläubigen, die in ihren Gemeinden, Diözesen und Verbänden den Glauben praktizieren und mit Sinn, Inhalt und Leben erfüllen. Sie ist sodann die Gemeinschaft ihrer Repräsentanten – Bischöfe und gewählte Vertreter aus den Räten und Verbänden –, die diesen lebendigen Glauben, die Überzeugungen und gesellschaftlichen Forderungen einer Klärung unterziehen und ihnen Ausdruck verleihen.

Wenn man sich also darum sorgt, „ob die katholische Kirche mittel- und langfristig ein relevanter Akteur des gesellschaftlichen Diskurses bleibt“, so hat diese Frage in einer offenen Kommunikationsgesellschaft zunächst einmal überhaupt nichts mit der Standortwahl überdiözesaner Einrichtungen zu tun. Standort der deutschen katholischen Kirche für den gesellschaftlichen Diskurs ist Deutschland. Eine verzagte Stimme wird nicht überzeugender, wenn sie am Sitz der Regierung erklingt, eine starke wird überall gehört.

Nun zu den zentralen kirchlichen Einrichtungen. Welchen Ort man für sie wählt, hat etwas Strategisch-Operatives und etwas Symbolisches. Positiv formuliert: Die zentralen katholischen Einrichtungen sollten sich da ansiedeln, wo die oben beschriebene Katholizität als Gemeinschaft von Gläubigen und ihren Vertretern die stärkste historische, personelle, ideelle und funktionelle Verwurzelung und Ressourcenbasis hat. Nur dort können neue Impulse, die von überall her kommen (natürlich auch aus Berlin und den neuen Ländern) in die Arbeit fruchtbringend eingespeist werden, weil dazu ein bestimmtes mentales Biotop gehört, das andernorts nicht da ist. Nur dort sind die geistigen und personellen Bezugspunkte vorhanden, nur dort ist Kirche Selbstverständlichkeit und darum stark.

Von solchen Gravitationszentren gibt es in der katholischen West-, Südwest- und Südflanke der Republik sicher mehrere. Die Rheinschiene ist darunter herausgehoben. Der Standort Bonn hat eine spezielle Geschichte, die *auch* mit dem Sitz der Bundesregierung zu tun hat. Aber eben nicht nur: Es fügte sich so gut – und jetzt fügt es sich mit Berlin eben nicht mehr.

Der negative Umkehrschluß ist einfach: Wenn man schon von Berlin einen Säkularisierungsschub erwartet, warum sollten die kirchlichen Einrichtungen davon nicht auch betroffen sein? Die Annahme eines geistig expandierenden „Diasporakatholizismus“ in der Hauptstadt scheint vermessen (Ulrich Pöner muß ja auch das Beispiel der offensiven Katakomben-Christen im spätantiken Rom für eine Analogie bemühen), eine säkulare Assimilation in Berlin ist wahrscheinlicher. Und darüber hinaus, die Symbolik eines *Komplettumzugs* an die Spree gibt in zweierlei Hinsicht ein falsches Signal: Zum einen macht man den „eigenen Leuten“, dem Umfeld, in das man gehört, unmißverständlich bewußt, daß man sie zugunsten eines nur politisch zu legitimierenden Umzugs zurückläßt. Da ist es sinnvoller, wenn Christen *überall* die politische Diskussion mitbeeinflussen und sich nicht auf ein paar Lobbyisten verlassen.

Gleichzeitig hat der Komplettumzug in der sich anbahnenden Staat-Kirche-Diskussion etwas Bizarres. Wenn der Staat immer säkularer wird, wenn die Grundüberzeugungen der Christen, wie z. B. in der Frage des Lebensschutzes, dem Gesetzgeber immer fremder werden, bezeugte ein solcher Schritt Distanzlosigkeit und Liebedienerei. Zum Glück ist von einem Hofprediger im „umfassenden Hauptstadtkonzept“ noch nicht die Rede.

### In Brüssel entsteht ein neues europäisches Gemeinwesen

All diese Erwägungen, diese viele Grübeleien über den Sitz und den Sinn deutscher Politik ist aber schon längst überwölbt und unterhöhlt von der fortschreitenden Integration der

Staaten Europas, der zunehmenden exekutiven und legislativen Kompetenz einer politischen Einheit, die unsere vorsichtigen Verfassungshüter noch „Staatenverbund“ nennen und die ihre Hauptstadt ein paar Kilometer westlich von Bonn hat. Daß man dieser grau-vernieselten Stadt nicht viel zutraut, sie mit richtlinienbesessenen Eurokraten bevölkert sieht und ihr ansonsten keinen Rang neben anderen europäischen Hauptstädten einräumt, ist ein untrügliches Zeichen dafür, daß jetzt schon Rückzugsgefechte im Gange sind und sich das Ressentiment regt.

Das Neue kommt aus dem Diffusen und Vorbildlosen, und wenig ist so wenig präformiert und unbelastet von historischen Paradigmen wie die EU und Brüssel (im Gegensatz zu Berlin, das den übersteigerten Erwartungen wahrscheinlich nie genügen kann).

Europa ist längst keine Kopfgeburt mehr. Es ist beim Menschen angekommen und bestimmt seine Hoffnungen, Perspektiven, aber auch seine Nöte und Ängste. Der Binnenmarkt ist geschaffen, die ihn garantierenden und bestimmenden Regelungen werden in Brüssel getroffen; der Euro ist da, er wird in Frankfurt gehütet, aber die ihn flankierenden Wirtschafts- und Finanzpolitiken werden in Brüssel gestaltet, mit zunehmender Dynamik und wachsendem Einfluß auf das tägliche Leben der Menschen auch in Deutschland.

Doch geht es nicht mehr nur um Ökonomie und Finanzen. Die Europäische Union steht mit der Erweiterung nicht nur

vor einer gesamteuropäischen Verantwortung, sondern auch vor einem Integrationssprung. Schon ist die Debatte um die Finalität und eine mögliche Verfassung für die EU nicht mehr aufzuhalten. Die Entscheidung um die Gestalt der Staatlichkeit der Union beginnt sich zu formieren. Nichts ist irreversibel, aber die innere Logik dieses historischen Prozesses ist offensichtlich, und nur wer sich mit diesen Dingen nicht beschäftigt, vermag noch zu glauben, daß die politische Bedeutung der europäischen Hauptstädte *de facto* (nicht von ihrem Selbstverständnis her – da werden sie noch lange spätes 19. Jahrhundert spielen) noch sehr lange in der bisherigen Form Bestand hat.

Die Kirche ist dabei, sich auf diese stille Revolution vorzubereiten, sie hat mit der ComECE ihre Fühler ausgestreckt, sie wird ihre Präsenz in Brüssel verstärken, weil es dort bald noch mehr um die Geschicke der Menschen geht. Sie täte gut daran, nicht Hals über Kopf mit ihrem Hab und Gut nach Berlin zu ziehen, sondern dort zusätzlich zu der schon gegebenen Präsenz Botschafter und einige fähige politische Köpfe wirken zu lassen. Keine Sorge, die Zeit wird nicht knapp: Die Kirche ist genau *die* historische Größe, die bewiesen hat, daß sie Zeit hat – Zeit auch, sich dort auf die neuen Verhältnisse in Europa einzustellen, wo sie jetzt angesiedelt ist, wo sie hingehört und wo sie dann aus nächster Nähe wirken können.

Johannes Christian Koecke

## Präsenz der Kirche an der Drehscheibe zwischen Ost und West

Es geht ums Ganze. Mit dem Arbeitsbeginn von Parlament, Länderkammer und Regierung vollzieht sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit ein singuläres Ereignis: der deutsche Hauptstadttumzug. Berlin, bis 1989 geteilte Metropole an der Spree, wird zur politischen Kapitale des wiedervereinigten Deutschland.

Es ist ein großes Verdienst des Artikels „In Berlin Flagge zeigen“, daß er der Diskussion um katholische Präsenz in der Hauptstadt einen bemerkenswerten Schub gegeben hat. *Ulrich Pöner* wirft in seinem Beitrag Fragen auf, die weit über kirchenpolitische Erwägungen hinausreichen. Zu Recht konstatiert der Autor, daß sich die politische Geographie der Bundesrepublik gegenwärtig grundlegend wandelt. Die maßgeblichen Akteure – Abgeordnete, Ministerialbeamte, Diplomaten, Lobbyisten, Berater und Beobachter – sind auf der Suche nach neuen Ausgangspunkten. Angesichts dieser Aufbruchstimmung kann auch die katholische Kirche nicht abseits stehen. Sie muß selbst aufbrechen und ihren Standort suchen.

In der zerschnittenen Stadt an der Spree ging es immer auch ums Ganze: Berlin war nach dem Ende des Zweiten Welt-

krieges ein internationales „Problem“, es war Sorgenkind des Westens und Stolperstein des Ostens – eine permanente geistige Herausforderung. Heute erweist sich diese gemeinsam-geteilte historische Hypothek als Chance. Mit der Hauptstadtentscheidung verbinden nicht nur die Bewohner der neuen Bundesländer die Hoffnung, daß die Entscheidungsträger auch lebensweltlich stärkeren Anteil an ihren Problemen nehmen. Von Berlin aus gesehen liegen Warschau und Prag in unmittelbarer Nachbarschaft. Für die deutsche Metropole bietet sich damit die Möglichkeit, Drehscheibe zwischen Ost und West zu werden.

Berlin ist auch für den deutschen Katholizismus eine Herausforderung. Wenn es – wie die Pastoralkonstitution des Konzils zum Ausdruck bringt – keine gottferne Geschichte geben kann, ist in den gegebenen „Zeichen der Zeit“ nach dem Anruf Gottes zu forschen. „Gaudium et spes“ ruft dazu auf, die Welt „im Licht des Evangeliums und der menschlichen Erfahrung“ zu deuten (46). Die Gottesbotschaft ist also im Kontext heutiger Erfahrungen zur Sprache zu bringen. Was dies in bezug auf die Glaubensverkündigung bedeutet, zeigt sich von der Berliner Perspektive aus konturenscharf: Die

geistig-geistliche Herausforderung besteht darin, daß sich hier Spielformen der Gottesleugnung und -ignoranz mischen. Ein im Namen gesellschaftlichen Fortschritts verordneter „östlicher“ Atheismus und die alltäglich praktizierte „westliche“ Christentumskritik verbünden sich hier. Sie lassen zu Tage treten, was anderswo verdeckt ebenso existiert, aber häufig im blinden Vertrauen auf volkskirchliche Strukturen nicht wahrgenommen wird. Unter diesem Aspekt gewinnt die Suche nach zeitgemäßen Formen der Verkündigung, der aktiven Präsenz im Politischen wie in den kulturellen Diskursen gesteigerte Bedeutung. Bei dieser Aufgabe ist im Zentrum der geistigen Auseinandersetzungen anzusetzen: eben in Berlin. Erkennt und bejaht Kirche diesen Auftrag, ergeben sich daraus weitreichende Konsequenzen für ihr Selbstverständnis im nächsten Jahrhundert.

### Ein großzügiger Umzug ist noch kein Konzept

Die Gruppe der politisch Verantwortlichen wird sich in Berlin verändern, oder sollte man nicht lieber sagen: Sie hat sich unter der Hand schon in Bonn verändert. In der Tat macht der Generationenwechsel in den Parteien deutlich, daß die Kirchenbindungen längst abgenommen haben. Wie viele Katholiken sind es, die sich – im guten Sinne – als Interessenvertreter und -vertreterinnen ihrer Kirche verstehen? Da es aber der Kirche nie in erster Linie um Selbsterhalt gehen kann, stellt sich hauptsächlich die Frage, wo sich offene Ohren, machbare Konzepte und Reformwille für die politischen und sozialen Anliegen der Kirche finden. Der Entstehungsprozeß des Wirtschafts- und Sozialwortes hat gezeigt, daß die Kirchen die Fähigkeit besitzen, verschiedenste gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen zum Gespräch über die Zukunft unserer Gesellschaft zu versammeln und damit Wege zum Konsens zu eröffnen. Diese Herangehensweise sollte nicht außerordentlichen Konsultationen vorbehalten bleiben.

Politische Verständigungsprozesse in der Perspektive christlicher Grundsätze solcherart anzuregen und auch in einzelnen Gesprächen weiterzuführen, ist zweifellos ein personal-intensives „Geschäft“. Zumindest die für die politische Arbeit Zuständigen im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und in weiteren Institutionen sollten nicht fernab der Geschehnisse in Bonn bleiben. Die politische Metropole wird ihre eigene Dynamik entwickeln; „Präsenz“ und „physische Präsenz“ sind zwar nicht immer deckungsgleich, das eine ist aber oft die Voraussetzung des anderen.

Aber auch der Beschluß eines großzügig angelegten Umzuges wäre noch kein „Konzept“. Auch Institutionen (ob sie Leuchttürme sind oder nicht) müssen Ergebnis konzeptioneller Überlegungen sein, will man nicht in bloßen Aktionismus verfallen. (Eine Stiftung ist im übrigen nur eine Organi-

sationsform und wäre keine „Lösung“.) Zwischen dem Sekretariat der Bischofskonferenz, dem Kommissariat der deutschen Bischöfe, dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken, dem Katholischen Büro des Erzbistums, dem Foyer für Gespräche zwischen Kirche, Gesellschaft, Politik, der Katholischen Akademie und großen Verbänden gilt es, ein solches Konzept abzustimmen. Dieses muß zu einem Anliegen der ganzen Kirche in Deutschland werden.

Wir als Katholikinnen und Katholiken müssen uns wieder stärker als eine Kraft in der bundesrepublikanischen Zivilgesellschaft – vertreten in den unterschiedlichen Parteien, Gruppierungen und Netzwerken – verstehen. Wir müssen uns auf allen Ebenen einmischen, mit großer Selbstverständlichkeit auch in der Hauptstadt, wo die Scheinwerfer etwas heller gestellt sind. Eine herausgehobene Präsenz in Berlin gegen den Föderalismus der Bundesrepublik und auch der katholischen Kirche zu stellen, hieße in den Kategorien des 19. Jahrhunderts zu denken. Da die nationale Perspektive ohnehin durch die globale übertroffen oder ergänzt werden wird, steht Berlin nicht in der Gefahr des Zentralismus, sondern für Ost-West-Verständigung, für die Inter- und Multinationalität und für ein fruchtbares Miteinander der verschiedenen Kulturen.

Nicht nur in der Stadt, sondern auch innerhalb der katholischen Kirche in Berlin ist diese Chance bereits grundgelegt; mehr als zwanzig Prozent der Katholiken im Erzbistum Berlin haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die „Weltkirche“ ist „vor Ort“ und bietet so Anknüpfungspunkte, eben diese „Weltkirchlichkeit“ nicht nur deutlich, sondern auch erfahrbar zu machen. Als eines der größten weltweiten Netzwerke kann die katholische Kirche allein deshalb schon Ansprechpartnerin, aber auch (zumindest indirekt) Dienerin, gar Akteurin in Migrations- und anderen internationalen Fragen sein.

Hat die katholische Kirche bei grundlegenden politischen Fragen darum zu ringen, mit *einer* Stimme zu sprechen (nicht bei den konkreten politischen Lösungen), so ist ihre Vielstimmigkeit in den kulturellen Hauptstadtgesprächen gefragt. Als Metropole wird Berlin Zirkel, Salons und Gesprächskreise hervorbringen, die auch in der Öffentlichkeit Themen angeben und Diskussionen auslösen. Ob Literatur, bildende Kunst, Medien oder Wissenschaften: Katholiken, Christen und Vertreter der Weltreligionen in dieser Stadt müssen sich daran beteiligen, die eigene religiöse und ethische Tradition und die Frage nach Gott darin zur Sprache zu bringen. Hier liegt auch eine wichtige Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen den Religionsgemeinschaften; von da werden Ökumene zwischen den christlichen Kirchen und interreligiöser Dialog in ihrer lebenswichtigen Bedeutung erkennbar (und die Relativität mancher innerkirchlichen Streitigkeiten auch).

In diesen Hauptstadtgesprächen präsent zu sein, erfordert auch *theologische Kompetenz*. Die Vision einer Katholisch-

Theologischen Fakultät an der Humboldt-Universität ist nicht aufzugeben. Doch entbindet dies nicht, über eine in Kürze zu realisierende Präsenz nachzudenken: wie das Katholische Seminar an der Freien Universität zu größerer Stärke gelangt und wie eine Präsenz in der Tradition Romano Guardinis an der Humboldt-Universität erreicht werden kann. Dabei ist zu sehen, was bereits vorhanden ist: die Katholische Fachhochschule in Karlshorst, die Offene Tür, das IN VIA-Center wie auch die katholischen Schulen. Zwar sind dies – gemessen an der Größe der Stadt – wenige Projekte, Initiativen aber, die innovativ mit der Diasporasituation umgehen, Christen und Nichtchristen ansprechen und ein ebenso deutliches wie aufgeschlossenes Profil entwickeln. „Präsenz in Berlin“ meint, Festigkeit und Offenheit, Selbstsicherheit und Realismus zu verbinden, nicht: Flagge zu zeigen.

Vieles wäre notwendig und wünschenswert, was von der Guardini-Stiftung, dem Künstlerhaus, den beiden Studentengemeinden, der Katholischen Akademie und anderen bereits angestoßen worden ist: Forschungsaufenthalte internationaler Wissenschaftler, Literaturtage, ein Kunstmuseum in der Programmausrichtung des Kölner Diözesanmuseums, eine Erstanlaufstelle in kunsthistorischer, aber auch seelsorgerischer Hinsicht für Fremde und Touristen, die Förderung von jungen Leuten in Kunst, Wissenschaft und Politik. Ideen gibt es viele.

Erst in den einzelnen Lebensbereichen dieser Gesellschaft geschieht auch bei den Kirchenkritischen und bei den Kirchenfernen *Verkündigung*. Verkündigung meint nicht Mission mit Feuer und Schwert, in der Art einer Sekte und auf Freiheitsberaubung ausgerichtet. So lauten nämlich oftmals die Ängste derer, die mit Kirche in ihrem Leben noch nichts zu tun hatten. Verkündigung meint in unseren Zeiten vielmehr Diakonie in sozialer und ethischer Hinsicht, in Bildungsfragen, aber auch im Bereich der Liturgie. Denn anders, als man

es erwarten würde, ist Berlin keine areligiöse Stadt. In ihr leben bekanntlich viele Menschen, die keine konfessionelle Bindung haben. Religiöse Fragen und Sehnsüchte spielen dennoch bei vielen eine bedeutende Rolle, wie *Klaus-Peter Jörns* in seiner Studie „Was die Menschen heute glauben“ darlegt. Berlin ist in dieser Hinsicht wie eine Lupe, es verdeutlicht Tendenzen.

Mit ihren 350 000 Mitgliedern befindet sich die katholische Kirche in einer Minderheitenposition, fast wie die 220 000 Muslime in der Stadt. Die Katholiken in Berlin werden von manchen sicher als Exoten angesehen. Kleinheit kann zur Enge führen, Not macht aber auch erfinderisch. *Carl Sonnenschein* hat etwa in den 20er Jahren gezeigt, wie schnell Provinzialismus zu überwinden ist: Er förderte katholische Studenten, brachte Arbeitslose in Lohn und Brot, gründete Lesehallen und Suppenküchen. Seinem Sarg folgten 30 000 Berliner. Einer anderen Art von Diakonie fühlte sich *Romano Guardini* verpflichtet. Bei seinem Sprechen von Gott unternahm er den Versuch, die Voraussetzungen seiner Hörer konsequent einzubeziehen und so den christlichen Glauben auf neue Weise zu buchstabieren.

Carl Sonnenschein und Romano Guardini sind zwar kein „Modell“ für heute, aber eine Ermutigung, die Zeichen der Zeit zu deuten: Diese Spuren gilt es wieder aufzunehmen. In der Diskussion mit den Spielarten des Atheismus und der Kirchenkritik, im Gespräch mit Suchenden, aber auch in anderen Gottesdienstformen, bei Übergangsriten und Angeboten der City-Pastoral gilt es, auf neue Fragen an die Kirche und religiöse Sehnsüchte einzugehen. Darin liegt zugleich eine Chance für den Katholizismus: neue Sprachen zu lernen, manche Bequemlichkeit und Eingefahrenheit aufzugeben und sich selbst lebendig zu halten. „Geht hinaus“, hat der Meister gesagt, und nicht: setzt euch hin und wartet, ob einer kommt“ (*Alfred Delp*). Es geht ums Ganze.

*Cornelia Bührle, Susanna Schmidt, Thomas Brose*

## Nachrichten

*Das Bundesverfassungsgericht weist Klagen gegen das Ersatzfach Ethik zurück*

Mehrere Klagen gegen das Unterrichtsfach Ethik sind Mitte März vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zurückgewiesen worden. Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, werden – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bis auf weiteres dazu

verpflichtet, den Ethikunterricht zu besuchen. Ein Schüler eines niedersächsischen Gymnasiums hatte vor dem Verwaltungsgericht Hannover gegen die Verpflichtung zur Teilnahme am Ersatzfach „Werte und Normen“ geklagt, das Gericht hatte dem Bundesverfassungsgericht den Sachverhalt zur Prüfung vorgelegt. Das Verfassungsgericht hat nun entschieden, daß die Vorlage des Verwaltungsgerichts nicht geklärt habe, ob die Grundgesetznorm, wonach niemand wegen seines Glaubens benachteiligt oder bevorzugt werden

dürfe, durch die Pflicht zum Besuch eines Alternativfachs berührt werde. Zwei Verfassungsbeschwerden aus Bayern und Baden-Württemberg wurden aus formalen Gründen nicht angenommen. In seiner Begründung der Ablehnung des Falls hat sich das Gericht jedoch auch inhaltlich geäußert und erkennen lassen, daß selbst die verfassungsrechtliche Prüfung keine Änderung der geltenden Regelungen zur Folge haben dürfte: Die Entscheidung für oder gegen den Religionsunterricht hänge nur mittelbar mit der eigenen Glaubens-